

## Warnstreiks für Lohngerechtigkeit: Equal Pay Day fordert Gleichheit!

Am 7. März finden in Pirmasens Warnstreiks zum Equal Pay Day statt, um auf Lohngerechtigkeit für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst aufmerksam zu machen.



Am 7. März, dem Equal Pay Day, wird in mehreren Städten der Pfalz ein Warnstreik von ver.di organisiert, um auf die Gender-Pay-Gap aufmerksam zu machen. In Landau, Pirmasens und Frankenthal sind die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes, der Kitas, Pflegeeinrichtungen sowie kommunalen Krankenhäuser aufgerufen, sich an den Protestaktionen zu beteiligen. Dies erfolgt im Kontext der laufenden Tarifverhandlungen für über 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die am 18. Februar ohne ein Angebot der Arbeitgeber stattfanden. **ver.di Bezirk Pfalz** fordert eine Entgelterhöhung von 8 Prozent und eine Mindesterhöhung von 350 Euro pro Monat, zudem eine Erhöhung von Zuschlägen für belastende Schichten.

Die stellvertretende Landesleiterin von ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland, Marion Paul, betont die Notwendigkeit von Lohngerechtigkeit und besseren Arbeitsbedingungen. Laut aktuellen Angaben beträgt die Gender-Pay-Gap in Deutschland 16 Prozent, wobei Frauen in sozialen und pflegerischen Berufen überrepräsentiert sind, die häufig schlechter bezahlt werden. Dies wird durch den Bericht von Dr. Andrea Jochmann-Döll bekräftigt, der im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde und auf die anhaltenden Probleme in der Geschlechtergleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinweist **Bericht zur Geschlechtergleichheit**.

## **Ursachen für die Lohnlücke**

Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen hat vielfältige Ursachen. Frauen wählen oft Berufe in sozialen Dienstleistungen, die schlechter entlohnt sind, und ein hoher Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeitet in Teilzeit. Bei gleichen Qualifikationen liegt der Entgeltunterschied bei 6 Prozent. Zudem zeigt sich, dass nur 29 Prozent der Führungspositionen in Deutschland von Frauen besetzt sind. **BMFSFJ** berichtet, dass stereotype Überzeugungen und das Fehlen von adäquater gesetzlicher Regelungen ebenfalls eine Rolle spielen.

Das Entgelttransparenzgesetz von 2017 hat nur begrenzte Wirkung, da viele Beschäftigte mit den Regelungen nicht vertraut sind. Im Durchschnitt haben lediglich vier Prozent der Beschäftigten ihr Auskunftsrecht genutzt. Obwohl Maßnahmen wie die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zur Verringerung der Lohnlücke dienen sollen, bleibt die Problematik bestehen. Der Gender Care Gap beträgt 44 Prozent, wobei Frauen durchschnittlich 30 Stunden pro Woche mit unbezahlter Arbeit verbringen, während Männer nur 21 Stunden leisten.

## **Die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen**

Die aktuelle ver.di-Arbeitszeitbefragung zeigt alarmierende Ergebnisse: 79,1 Prozent der Pflegekräfte gaben an, unter den hohen Belastungen aufgrund unbesetzter Stellen zu leiden. Auch in der Sozialarbeit und in Kitas sind die Werte mit 63,9 Prozent bzw. 78,3 Prozent ähnlich hoch. Eine große Mehrheit der Beschäftigten in diesen Berufen sieht sich so stark belastet, dass sie bei den aktuellen Bedingungen nicht bis zum Rentenalter im Beruf bleiben können. Diese Situation wird durch die Forderungen nach einer besseren Entlohnung und Arbeitsbedingungen in der bevorstehenden Tarifrunde noch verstärkt.

Insgesamt zeigt sich, dass der Weg zur Entgeltgleichheit in Deutschland noch lang ist. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Warnstreiks und der anhaltenden Tarifverhandlungen ist zu hoffen, dass die notwendigen Änderungen in der Politik endlich vorangetrieben werden. Die Forderungen nach Lohngerechtigkeit und die damit verbundene Sensibilisierung für den Gender-Pay-Gap könnten entscheidende Schritte zu einer faireren Arbeitswelt sein.

#### Details

#### Quellen

- [rps.verdi.de](https://www.rps.verdi.de)
- [www.boeckler.de](https://www.boeckler.de)

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**